

Christoph Pallaske

Migranten aus Polen in der Bundesrepublik Deutschland in den Achtziger- und Neunzigerjahren

Dass zwischen der tatsächlichen Anwesenheit von Zuwanderern einerseits und den öffentlichen Wahrnehmungen der mit Migration und dem Zusammenleben mit vermeintlich »Fremden« verbundenen Probleme andererseits oft eine erhebliche Schieflage besteht, lässt sich beispielhaft nicht nur an der Beobachtung ablesen, dass in den neuen Bundesländern mit einer weit verbreiteten Fremdenfeindlichkeit insgesamt nur ein kleiner Bruchteil der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer wohnt. Auch rücken die verschiedenen Zuwanderergruppen in sehr unterschiedlichem Maße in das Blickfeld der Öffentlichkeit. In der bundesrepublikanischen Gesellschaft werden vor allem transkontinentale Zuwanderer, die Migranten aus der Türkei, danach diejenigen aus anderen süd- und südosteuropäischen Ländern als »Problemgruppen« wahrgenommen – dies offenbar in erster Linie auf Grund ihres »fremden« Aussehens und ihrer spezifischen Ausprägung als ethnische »communities« mit nach außen sichtbaren Merkmalen, etwa Restaurants oder Imbissbuden, Einkaufsläden oder ihrer spezifischen religiösen Praktiken. Andere Gruppen hingegen fallen kaum ins Auge. Als eine zahlenmäßig bedeutende Gruppe sind hier die Migranten aus Polen während der 1980er- und 1990er-Jahre zu nennen. In den Jahren vor und nach der »Wende«, in die die höchste Nettozuwanderung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland überhaupt fiel, stellten sie sogar die größte neu angekommene Zuwanderergruppe. Insgesamt ließ sich zwischen 1980 und 1990 rund eine Million Migranten aus Polen in der Bundesrepublik Deutschland nieder, darunter knapp 200.000 Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit und gut 800.000 Aussiedler aus Polen. Etwa 90 Prozent dieser Aussiedler kamen – dies wird unten noch genauer zu belegen sein – als fast ausschließlich »polnisch« sozialisierte Migranten in die Bundesrepublik Deutschland. Zusammen mit den vor 1980 zugewanderten bzw. den vor 1990 in der DDR lebenden Ausländern polnischer Staatsangehörigkeit lebte – unabhängig von der Frage des Rechtsstatus – in den 1990er-Jahren somit insgesamt rund eine Million im eigentlichen Sinne »fremde« Zuwanderer aus Polen erster Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sie waren mit ganz typischen Problemen der Eingliederung konfrontiert wie z.B. mangelhaften deutschen Sprachkenntnissen und anderen Schwierigkeiten beim Aufbau einer neuen Existenz in der Bundesrepublik.

Dieser Beitrag will erstens Typen und Umfang der Migrationen, die Zuwanderungsbedingungen und -möglichkeiten sowie die Wanderungswege seit der beginnenden Liberalisierung Polens 1980/81 in die Bundesrepublik Deutschland aufzeigen, zweitens verschiedene Aspekte der Eingliederungsprozesse der Migranten diskutieren. Dabei ist auch die Frage zu klären, weshalb die Polen in der Bundesrepublik Deutschland als Zuwanderergruppe trotz ihrer großen Zahl weitgehend unbekannt geblieben sind und nur schwache Merkmale ethnischer »communities« ausgebildet haben. Auf Grund der geringeren Aufmerksamkeit, die den polnischen Migranten in der Öffentlichkeit zukommt, war auch das Forschungsinteresse an der Gruppe der polnischen Zuwanderer aus Polen bisher vergleichsweise gering.¹

1 Während der 1990er-Jahre wurde die Migration aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland nur in verschiedenen kürzeren Darstellungen und Aufsätzen thematisiert: Norbert Cyrus, *Polnisch-deutsche Arbeitsmigration. Skizze eines Systems ausdifferenzierter Pendelmigration*, Berlin 1993;

1. DAS MIGRATIONSGESCHEHEN ZWISCHEN POLEN UND DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN DEN 1980ER- UND 1990ER-JAHREN

Wer sich mit der Migration aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, stößt bald auf einen auffälligen, aber nur vordergründigen Widerspruch. Denn die rund eine Million Migranten, die sich in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben, kamen fast ausschließlich vor dem Fall des »Eisernen Vorhangs«, während sich nach der Öffnung Ostmittel- und Osteuropas und der nunmehr visumfreien Einreise aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland kaum noch polnische Zuwanderer hier langfristig aufhalten konnten. Dieser Widerspruch löst sich auf, betrachtet man die im Vergleich zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten liberale Ausreisepolitik Polens in den 1980er-Jahren.² Seit der beginnenden Liberalisierung 1980/81 wurde von der polnischen Regierung eine relativ großzügige Vergabe von Reisepässen in das westliche Ausland initiiert, die – unterbrochen durch das Kriegsrecht – zu einer sukzessiven Lockerung der Einreisebestimmungen und besonders ab 1987 zu einer sich intensivierenden Ausreisebewegung aus Polen führte. Damit wurde der Forderung nach Reisefreiheit als wichtiger Gegenstand politischer Debatten und Proteste im Polen der 1980er-Jahre nachgegeben. Die Ausreisen wurden seitens der polnischen Regierung freilich auch mit dem Ziel der Devisenbeschaffung verknüpft, weshalb zunächst vor allem finanziell besser Gestellte in den »Westen« ausreisen konnten. Polen spielte somit nicht nur in historisch-politischer, sondern auch in migrationsgeschichtlicher Hinsicht eine Sonderrolle unter den »Ostblock«-Staaten der 1980er-Jahre.

ders., Die aktuelle Zuwanderung aus Polen nach Berlin. Darstellung anhand einer analytisch-idealtypischen Kategorisierung der Zuwanderer, in: *Andreas Kapphan* (Hrsg.), *Paris-Berlin. Formen und Folgen der Migration*, Berlin 1999, S. 51–69; *Heinz Fassmann*, Auswanderung aus Polen – Polen im Ausland, in: *Geographische Rundschau*, Jg. 50 (1998), Nr. 1, S. 18–23; *Ewa Helias*, Migrationsbewegungen von und nach Polen, in: *Institut für Internationale Politik*, Buntstift e.V., (Hrsg.), *Ost-West-Migration in Europa. Ursachen, Auswirkungen und Regulierungsformen von Migrations- und Fluchtbewegungen in Europa*, Wuppertal 1992, S. 41–51; *Piotr Korcelli*, Die polnische Auswanderung seit 1945, in: *Heinz Fassmann/Rainer Münz* (Hrsg.), *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends und politische Reaktionen*, Frankfurt/M. u.a. 1996, S. 245–262; *Hans-Peter Meister*, Polen in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung* (Hrsg.), *Handbuch ethnischer Minderheiten in Deutschland*, Berlin 1992, Kap. 3.1.1, S. 1–57; ders., Gruppen der Polen in Deutschland unterschiedlicher Interessenslage auf Grund ihrer Migrationsgeschichte und ihres rechtlichen Status, in: *Zbigniew Kurcz/Władysław Misiak* (Hrsg.), *Mniejszość niemiecka w Polsce i Polacy w Niemczech* [Die deutsche Minderheit in Polen und Polen in Deutschland], Wrocław 1994, S. 197–208; *Frauke Miera*, Zuwanderer und Zuwanderinnen aus Polen in Berlin in den 90er-Jahren. Thesen über Auswirkungen der Migrationspolitiken auf ihre Arbeitsmarktsituationen und Netzwerke, Berlin 1996. In Polen erschienen in den 1990er-Jahren bereits einige Monographien und Sammelbände zur Migration nach Deutschland; vgl. als wichtigste *Leon Dyczewski*, *Polacy w Bawarii. Tożsamość etniczno-kulturowa. Wchodzenie w społeczeństwo niemieckie* [Polen in Bayern. Ethnisch-kulturelle Identität. Auswanderung in die deutsche Gesellschaft], Lublin 1993; *Kurcz/Misiak*, *Mniejszość niemiecka*; *Edward Marek*, *Emigracja z Polski* [Emigration aus Polen], Warszawa 1992; *Władysław Misiak* (Hrsg.), *Nowa emigracja i wyjazdy zarobkowe zagranicę* [Die neue Auswanderung und Arbeitsmigration in das Ausland], Wrocław 1991; *Tadeusz Radzik/Grzegorz Janusz/Witold Kaminski* u.a.: *Polonia w Niemczech. Historia i współczesność* [Die Polen in Deutschland. Geschichte und Gesellschaft], Warszawa 1995. Jüngst sind auch in Deutschland zwei Sammelbände zur Geschichte der Migration aus Polen nach Deutschland erschienen, die sich auch eingehend mit der Migration aus Polen in den vergangenen zwanzig Jahren beschäftigen: *Christoph Pallaske* (Hrsg.), *Die Mi-*

Andererseits zeigte die Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts eine große Bereitschaft, Zuwanderern aus Polen wie auch aus anderen ostmittel- und osteuropäischen Ländern einen langfristigen Aufenthalt zu gewähren.³ Dies galt nicht nur für Aussiedler aus Polen, sondern auch für die sog. »Ostblock-flüchtlinge«. Auf Grund eines Beschlusses der Innenministerkonferenz von 1966 durften Staatsbürger aus Warschauer-Pakt-Staaten bis 1989 nicht gegen ihren Willen wieder zurück hinter den »Eisernen Vorhang« geschickt werden, sondern erhielten als »De-Facto-Flüchtlinge« bzw. Asylbewerber zumeist den »Duldungs«-Status. Die sprunghaft ansteigenden Zuwandererzahlen sowohl von Aussiedlern als auch von Asylbewerbern aus Polen ab 1987 und stärker noch im »Wende«-Jahr 1989 bewirkten in der Bundesrepublik Deutschland eine nach dem Fall der Mauer rasch durchgesetzte migrationspolitische Schließung gegenüber langfristig zuwandernden Migranten aus Polen – bezogen auf die Asylbewerber bzw. »De-Facto-Flüchtlinge« bereits im Dezember 1989, auf die Aussiedler aus Polen im Laufe des Sommers 1990. Somit bedeutete die historische Zäsur des Jahres 1989 auch einen markanten Bruch im Migrationsgeschehen zwischen Polen und Deutschland. Auf Grund der Schließung der Niederlassungsmöglichkeiten kamen langfristige Zuwanderungen aus Polen fast schlagartig zum Erliegen. Seither konnten polnische Staatsbürger nur noch als Pendelmigranten als Saison- oder Werkvertragsarbeitnehmer in die Bundesrepublik einreisen. Daneben kamen viele Polen als Touristen nach Deutschland, um einer irregulären Beschäftigung nachzugehen. Damit ordnete sich die Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland ganz den Abschottungsstrategien der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union unter. Auch die bundesrepublikanische Öffentlichkeit nahm durch ihre Ablehnung der Zuwanderungen aus Polen Ende der 1980er-Jahre starken Einfluss auf das Handeln der politischen Akteure. Wurde sowohl den Aussiedlern als auch den Asylbewerbern bzw. »De-Facto-Flüchtlingen« aus Polen zu Beginn der 1980er-Jahre noch ein gewisses Wohlwollen entgegengebracht, schlug diese Haltung vor dem Hintergrund der stark ansteigenden Zuwanderungszahlen der Asylbewerber Mitte der 1980er-Jahre und der Aussiedler Ende der 1980er-Jahre in eine deutlich ablehnende um.

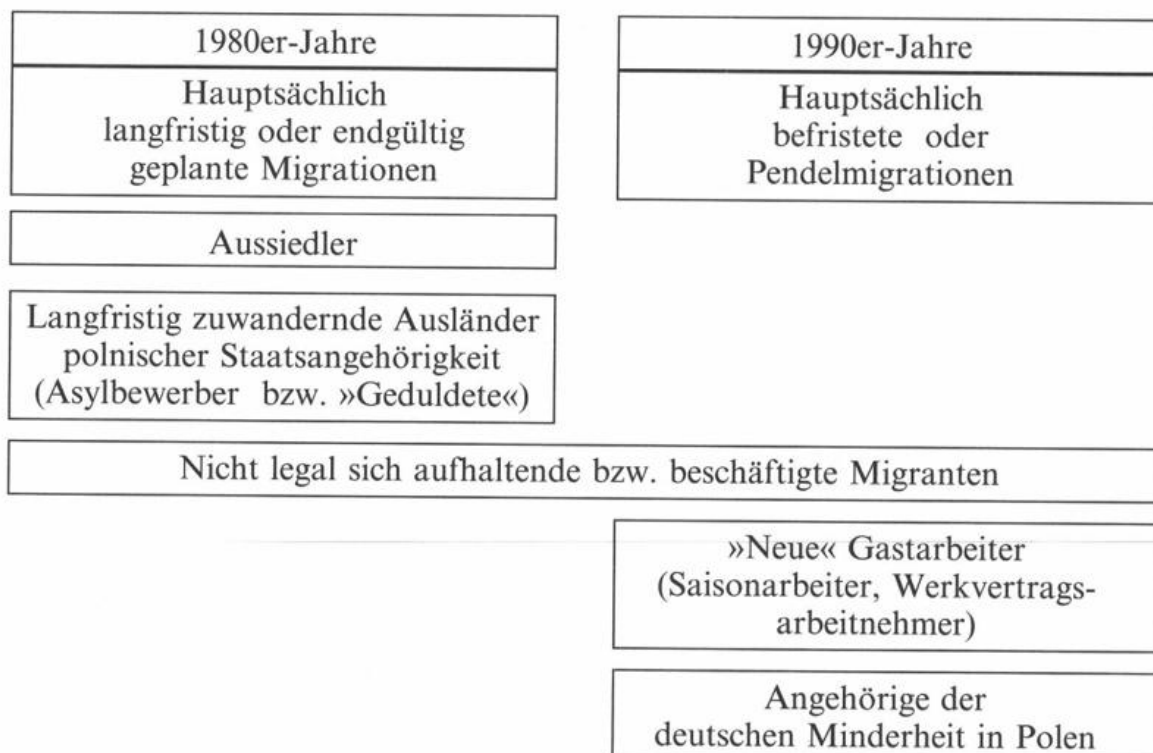
gration von Polen nach Deutschland. Zu Geschichte und Gegenwart eines europäischen Migrationssystems, Baden-Baden 2001; *Anna Wolff-Poweska/Eberhard Schulz* (Hrsg.), Polen in Deutschland. Integration oder Separation, Düsseldorf 2000. Am Institut für Europäische Regionalforschungen an der Universität Siegen wurde seit 1999 ein Forschungsprojekt zur Migration von Polen nach Deutschland durchgeführt, in dessen Rahmen auch zwei Dissertationen fertig gestellt wurden, die demnächst zur Veröffentlichung vorliegen; die erste von Oliver Steinert behandelt die Migration von Polen nach Berlin in der Zeit des Kaiserreichs, die zweite von *Christoph Pallaske*, Migrationen aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er- und 1990er-Jahren. Wanderungsverläufe und Eingliederungsprozesse in sozialgeschichtlicher Perspektive, Baden-Baden 2002.

- 2 Zur Ausreisepolitik Polens bis 1989 vgl. *Gabriele Kempf*, Die polnische Migration seit 1980, in: Dokumentation Ostmitteleuropa. Jg. 34 (1988), Heft 1/2, S. 2–144; *Klaus-Jürgen Kuss*, Ausreise und Auswanderung aus Osteuropa. Rechtsgrundlagen und statistische Daten, in: Osteuropa, Jg. 39 (1989), Heft 2–3, S. 218–232.
- 3 Die Einwanderungspolitik der Bundesrepublik Deutschland speziell gegenüber Migranten aus Polen hat noch keine umfassende Darstellung gefunden; einführend zur Zuwanderungspolitik allgemein vgl. *Steffen Angenendt*, Deutsche Migrationspolitik im neuen Europa, Opladen 1997; *Klaus J. Bade*, Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme, München 1994; *Friedrich Heckmann*, Migration in Deutschland 1995. Eine Bestandsaufnahme, in: epd-Dokumentation, Jg. 1995, Nr. 36, S. 5–13; *Rainer Münz/Wolfgang Seifert/Ralf Ulrich*, Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen Perspektiven, Frankfurt/Main 1997.

1.1 MIGRATIONSTYPEN

In den Jahren um die »Wende« 1989 war eine verwirrende Unübersichtlichkeit im Migrationsgeschehen in Deutschland zu beobachten. Neben der zuvor dominierenden Zuwanderung der »alten« Gastarbeiter hauptsächlich aus südeuropäischen Staaten und der Türkei wanderten seit Mitte der 1980er-Jahre gleich vier neue quantitativ bedeutende Typen von Migranten nach Deutschland zu. Zwar gab es bereits zuvor Zuwanderungen erstens von Aussiedlern, zweitens von Asylbewerbern sowie drittens von nicht legal beschäftigten bzw. sich aufhaltenden Migranten. Aber erst durch den starken Anstieg der Zuwanderungen dieser Migrationstypen in den 1980er-Jahren kam diesen drei Gruppen ein bemerkenswerter Stellenwert bei der Migration in die Bundesrepublik Deutschland zu. In den 1990er-Jahren war eine vierte, zuvor ungekannte Zuwanderergruppe zu verzeichnen, die »neuen« Gastarbeiter, also hauptsächlich Saison- und Werkvertragsarbeitnehmer aus Ostmitteleuropa, die meist als Erntehelfer und Baustellenarbeiter Beschäftigung fanden. Die Unübersichtlichkeit spiegelt sich in den zahlreichen Migrationen aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er- und 1990er-Jahren wider.⁴ Folgendes Schaubild ergänzt zusätzlich die spezielle Gruppe der Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen, denen erst in den 1990er-Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt wurde und die deshalb ohne aufenthalts- und arbeitsrechtliche Beschränkung in die Bundesrepublik Deutschland zuwandern konnten.

Migrationstypen polnischer Zuwanderer in der Bundesrepublik Deutschland
in den 1980er- und 1990er-Jahren



⁴ In einer tiefer gehenden Differenzierung der verschiedenen Typen polnischer Zuwanderer hat Norbert Cyrus nicht weniger als acht verschiedene Migrationstypen mit Aufenthaltsrecht sowie vier nicht legal sich aufhaltende oder beschäftigte Migrationstypen unterschieden; vgl. *Cyrus, Aktuelle Zuwanderung*, S. 55.

Diese Unübersichtlichkeit in den 1980er- und 1990er-Jahren resultierte in erster Linie aus dem lediglich reagierenden, nicht von einer übergeordneten Konzeption bestimmten Umgang mit den neuen migrationspolitischen Herausforderungen in der Bundesrepublik Deutschland, die unter anderem auf die konkurrierenden Zuständigkeiten für Fragen der Aussiedler-, Asyl- und Ausländerpolitik, für das Aufenthaltsrecht bei den Ländern (mit Ausnahme der Aussiedler) und für die Arbeitserlaubnis beim Bund zurückzuführen waren. Dem problematischen politischen Umgang mit Zuwanderern in Deutschland stand gegenüber, dass ihre Zuweisung in bestimmte Aufenthaltstitel und die hierdurch bedingte Inklusion oder Exklusion einen enormen Einfluss auf die Bedingungen und Möglichkeiten der Eingliederung der Migranten hatte. Dies wird an kaum einer anderen Gruppe so deutlich wie den langfristig zuwandernden Migranten aus Polen der 1980er-Jahre, wurden sie doch auf der obersten und der untersten Stufe der Hierarchie-Leiter möglicher Aufenthaltstitel von Zuwanderern positioniert. Den Aussiedlern wurde in der Regel die deutsche Staatsangehörigkeit unverzüglich zugesprochen, zudem wurden ihnen verschiedene Eingliederungshilfen zuerkannt. Die »De-Facto«-Flüchtlinge und Asylbewerber hingegen waren selbst gegenüber den Migranten der »alten« Gastarbeitermigration deutlich benachteiligt. Ihnen wurde nur der unsichere »Duldungs«-Status zugewiesen und sie erhielten in der Regel auch keine Arbeitserlaubnis. Im Folgenden sollen zunächst die einzelnen Migrationstypen eingehender beschrieben werden. Danach sind die wichtigen Migrationsmotive bzw. Ansätze zur Erklärung des enormen Ausmaßes der Wanderungen vorzustellen.

Die mit Abstand quantitativ bedeutendste Gruppe der Zuwanderer aus Polen der 1980er-Jahre waren die Aussiedler.⁵ Der Großteil der Aussiedler aus Polen der 1980er- und frühen 1990er-Jahre war im ganz überwiegenden Maße den »polnisch« sozialisierten Migranten hinzuzuzählen. Dies scheint nur auf dem ersten Blick mit dem normativen Anspruch der Aussiedlerpolitik in Widerspruch zu stehen, solchen Menschen, die in Osteuropa ihr »Bekenntnis zum Deutschtum« aufrecht zu erhalten versucht hatten und zudem einem »Vertreibungsdruck« ausgesetzt gewesen waren, eine »Rückkehrmöglichkeit« nach Deutschland offen zu halten. In zweierlei Hinsicht waren die Aussiedler aus Polen der 1980er-Jahre zu differenzieren erstens gegenüber solchen, die bereits in den

5 Zur Aussiedlermigration allgemein und zu der aus Polen liegen zahlreiche Veröffentlichungen vor; als Auswahl vgl. Klaus J. Bade/Jochen Oltmer (Hrsg.), *Aussiedler. Deutsche Einwanderer aus Osteuropa*, Osnabrück 1999; Dieter Blaschke, *Sozialbilanz der Aussiedlung in den 80er und 90er Jahren*, in: Hans-Peter Baumeister (Hrsg.), *Integration von Aussiedlern*, Weinheim 1991, S. 35–77; Ines Graudenz/Regina Römhild, *Grenzerfahrungen. Deutschstämmige Migranten aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion im Vergleich*, in: dies. (Hrsg.), *Forschungsfeld Aussiedler. Interdisziplinäre Studien*, Köln u.a. 1992, S. 29–67; Hans-Jürgen Hofmann, *Politische und soziokulturelle Herkunftsbedingungen junger erwachsener AussiedlerInnen aus Polen und ihre Bedeutung im Einwanderungskontext*, in: *Staatliches Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz* (Hrsg.), *Eingliederung junger Aussiedler*, Bd. 2: *Eingliederungsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Speyer 1992, S. 117–168; Helga Marburger/Elvin Reinhold, *Migrationserfahrungen von jugendlichen Aussiedlern und Aussiedlerinnen aus Polen*, in: Helga Marburger/Silke Riesner (Hrsg.), *Jugend und deutsch-polnische Nachbarschaft. Bilder vom Anderen, Austausch- und Migrationserfahrungen, grenzüberschreitende Projekte und Kooperationen*, Frankfurt/Main 1996, S. 85–121; Dorothee M. Meister, *Zwischenwelten der Migration. Biographische Übergänge jugendlicher Aussiedler aus Polen*, Weinheim u.a. 1997; Rainer Münz/Rainer Ohliger, *Deutsche Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa. Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse ethnisch privilegierter Migration*, Berlin 1997; Karl A. Otto (Hrsg.), *Westwärts – Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen »Deutschtümelei« und »Verfassungsauftrag«*, Bielefeld 1990; *Polis – Gesellschaft für Politik und Sozialforschung*, *Aussiedler-Monitor qualitativ. Biographien von Aussiedlerfamilien, Phase II: Zwischenbilanz*, München 1990; Rainer K. Silbereisen/Ernst-Dieter Lantermann/Eva Schmitt-Rodermund (Hrsg.), *Aussiedler in Deutschland. Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten*, Opladen 1999.

1950er- und 1960er-Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren, und zweitens gegenüber denjenigen aus anderen Herkunftsländern. Denn die Aussiedler aus Polen der 1980er-Jahre entstammten nur noch in geringem Maße einem Minderheiten-zusammenhang, vergleichbar den weitaus stärker ausgeprägten »Inseln« deutscher Minderheiten in Rumänien und in der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten. Die in ihrer Bevölkerungszusammensetzung vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg vielfach zerrissenen Grenzräume zwischen Polen und Deutschland haben in der Nachkriegszeit mit Ausnahme des Oppelner Schlesiens keine geschlossenen Regionen mit einer dort lebenden deutschen Minderheit entstehen lassen. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs richtete sich – abgesehen von einer kurzzeitigen Liberalisierung in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre – zudem ein starker Druck gegen die nicht vertriebenen Deutschen in Polen, in dessen Folge es im Laufe der Jahre zu einer zunehmenden Anpassung an die polnische Gesellschaft kam. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass viele Aussiedlerfamilien aus Polen sich oft nur aus einem Elternteil mit dem Nachweis deutscher Vorfahren zusammensetzten, dass also eine schwer zu bestimmende Zahl an Personen mit Aussiedlerstatus im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes nur »Angeheiratete« und deren Nachkommen waren.⁶ Signifikant messbar wird der Anteil hauptsächlich oder ausschließlich »polnisch« sozialisierter Aussiedler am Anteil von Migranten ohne Deutschkenntnisse bei ihrer Ankunft. Die Angaben über Aussiedler aus Polen, die ohne Deutschkenntnisse in die Bundesrepublik Deutschland kamen, lagen zwischen 90 und 95 Prozent, wobei zumeist nur ältere Aussiedler deutsche Sprachkenntnisse aufwiesen. Damit hatten die Aussiedler aus Polen im Vergleich zu denen aus der anderen Herkunftsländern den geringsten Anteil.⁷

Dass dennoch Hunderttausende Migranten als Aussiedler einwandern konnten, erklärt sich durch die großzügige Anerkennungspraxis der zuständigen deutschen Behörden, die nur auf dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts zu verstehen ist. Ein Sachbearbeiter im Durchgangslager Friedland machte 1989 diese Problematik deutlich:

»Es ist jeden Tag dasselbe traurige Spiel: Da sitzen uns reihenweise Antragsteller aus Polen gegenüber, die so tun, als ob sie Deutsche wären. Und wir müssen so tun, als ob wir ihnen das glauben. [...] Die Frage, wer als Deutscher anzuerkennen ist, bestimmt sich nach Grundsätzen, die mit der Realität und der deutschen Geschichte nichts mehr zu tun haben. [...] Es gibt Ämter, die ohne weiteres als Deutschen anerkennen, wer mit dem Angelschein des Nachbarn ankommt. [...] Täglich frage ich mich, warum man mit so viel Verdrehungen und in solcher Hast Polen zu Deutschen machen muß. Dennoch bemühe ich mich täglich neu, nett zu den Leuten zu sein, die da zu tausenden kommen. Ich

6 Deren Anteil beträgt laut Schätzungen die Hälfte bis zwei Drittel; *Thomas Urban*, *Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit*, München 1993, S. 20; *Harald W. Lederer*, *Migration und Integration in Zahlen*, Bamberg 1997, S. 228. Vgl. zu den Hintergründen der vornehmlich »polnischen« Sozialisation der Aussiedler aus Polen weiterhin *Hans Alexy*, *Rechtsfragen des Aussiedlerzuzugs*, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, Jg. 1989, Nr. 45, S. 2850–2859; *Klaus J. Bade/Jochen Oltmer*, *Einführung. Aussiedlerzuwanderung und Aussiedlerintegration*, in: *dies.*, *Aussiedler*, S. 20 f.; *Hofmann*, *Politische und soziokulturelle Herkunftsbedingungen*, S. 126; *Meister*, *Zwischenwelten*, S. 10, 22, 53.

7 Die geringen Sprachkenntnisse wurden vielfach dokumentiert, vgl. als Auswahl *Dieter Kraushaar*, *Arbeit, Sprache, Kultur. Integrationsprobleme von Aussiedlern*, in: *Sozial Extra*, Jg. 1989, Nr. 4, S. 10–14, hier: S. 13; *Rainer Lange*, »Dort war ich die Deutsche, hier bin ich die Polin«, in: *Sozialmagazin* Jg. 14 (1989), Nr. 9, S. 25–28, hier: S. 26; *Polis*, *Aussiedler-Monitor*, S. 67; *Dieter Wagner*, *Integration deutschstämmiger Aussiedler. Historischer Überblick, Qualifikationsstruktur, Integrationsprobleme, Lösungsmöglichkeiten und -grenzen*, Hamburg 1992, S. 23, 29; *Christiane Sell-Greiser*, *Aus- und Übersiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Determinanten ihres Ausreiseprozesses und ihrer lebensweltlichen Strukturen*, Münster u.a. 1993, S. 116.

finde nämlich, wir sollten sie gut behandeln. Nicht weil sie Deutsche, sondern Polen sind. Schließlich sind wir denen was schuldig.«⁸

Die Anerkennung der Aussiedler aus Polen wurde nicht nur wegen der großzügigen Anerkennungspraxis kritisiert, sondern auch wegen des Heranziehens zweifelhafter Dokumente der deutschen Besatzung Polens während des Zweiten Weltkriegs wie Volkslistennachweise oder die Wehrmachtspässe der Vorfahren der Antragsteller.⁹ Im Laufe des Jahres 1990 wurde – von den Ländern und Kommunen initiiert, die sich mit der Unterbringung der zahlreich zuwandernden Migranten vor und nach der »Wende« überfordert sahen – von der Bundesregierung die Aufnahme weiterer Aussiedler aus Polen gestoppt.¹⁰ Wurden 1989 noch eine viertel Million Aussiedler aus Polen anerkannt, waren es infolge der gesetzlichen Einschränkungen 1990 nur noch 110.000, 1991 nur noch 40.000 und seither nur noch jeweils wenige Tausend. In Folge der Anerkennungspraxis wurden bis 1990 die meist jungen Zuwanderer mit rund 90 Prozent ganz »polnischer« Sozialisation, also rund 730.000 Personen, zu Aussiedlern gemacht. Statistisch nicht genau erfasst ist der Anteil derjenigen, die unter Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ihren neuen deutschen Pass erhielten, aber nur ein kleiner Bruchteil gab offenbar die polnische Staatsbürgerschaft auf.¹¹ Die Aussiedler waren durch den baldigen Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft sowohl aufenthalts- als auch arbeitsrechtlich den Bundesbürgern gleichgestellt. Als Migranten waren sie zudem durch die ihnen zustehenden Eingliederungshilfen – Sprachkurse, Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie einige finanzielle Zuwendungen – deutlich privilegiert.

Die gut 190.000 Migranten zählenden, langfristig einwandernden Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit, die keine Anerkennung als Aussiedler fanden, erhielten bis 1989 hauptsächlich den halb legalen und unsicheren Aufenthaltstitel nur »geduldeter«, nicht anerkannter Asylbewerber, denn nur wenige von ihnen wurden als politisch Verfolgte anerkannt. Bedeutete die Duldung zunächst nicht mehr als eine Aussetzung der Abschiebung,¹² konnten die Migranten auf Grund der »Ostblockflüchtlings«-Regelung mit einem langfristigen Aufenthalt rechnen. Weil die »Geduldeten« allerdings kaum eine

8 »Deutsch ist, wer guter Nazi war«, in: *Der Spiegel*, 25.12.1989.

9 Zur Bewertung der Anerkennungskriterien für Aussiedler vgl. *Alexy*, Rechtsfragen, S. 2850 ff.; *Meister*, Gruppen der Polen, S. 202.

10 Die Schließung des Aussiedlerzuzugs aus Polen regelten das Aussiedleraufnahmegesetz von 1990 und das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993; vgl. *Lederer*, Migration, S. 227 f.; *Meister*, Gruppen der Polen, S. 205; *Münz/Seifert/Ulrich*, Zuwanderung nach Deutschland, S. 26 ff.

11 Zur doppelten Staatsangehörigkeit der Aussiedler aus Polen vgl. *Cyrus*, Aktuelle Zuwanderung, S. 56; *Nina Isabel Goes*, Mehrstaatigkeit in Deutschland. Verfassungsrechtliche Kriterien, internationale und europäische Determinanten, Rechtsvergleichung, Baden-Baden 1997, S. 20; *Miera*, Zuwanderer, S. 12. *Münz/Ohliger*, Deutsche Minderheiten, S. 13.

12 Die Duldung ist eine Zwischenkategorie zwischen gewährtem und illegalem Aufenthalt und bedeutet eine »Aussetzung der Abschiebung«; *Cyrus*, Aktuelle Zuwanderung, S. 54. Zu den »Geduldeten« aus Polen der 1980er-Jahre vgl. weiterhin *Kathrin Roller*, Neue Zuwanderung – z. B. aus Polen, in: *Berliner Geschichtswerkstatt* (Hrsg.), »... da sind wir keine Ausländer mehr«. Eingewanderte ArbeiterInnen in Berlin 1961–1993, Berlin 1993, S. 147–156, hier: S. 151; *Witold Kaminski/Hans-Peter Meister*, Die verdrängte Minderheit, in: *Stachlige Argumente. Zeitschrift der Alternativen Liste*, Jg. 1989, Nr. 58, S. 17–20; Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Polen. Vor den Toren der Festung Europa, Göttingen 1995; *Sina Maier*, Klärung spezifischer Problemsituationen von PolInnen in Berlin. (Unveröffentlichte Studie im Auftrag der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin), Berlin 1990; *Maria Slaska*, Es gibt kein gelobtes Land. Soziale und rechtliche Situation von Polinnen in Berlin, in: *Contraste*, Jg. 1990, Nr. 12, S. 9.

Möglichkeit hatten, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, waren sie oft auf irreguläre Beschäftigungsverhältnisse angewiesen.¹³ Eine weitere wichtige Benachteiligung der Geduldeten lag darin, dass ihnen verboten war, auch nur für einen kurzen Besuchsaufenthalt ins Ausland, also auch nach Polen zu reisen. 1989 erwies sich der »Duldungs«-Status für die polnischen Migranten als nachteilig und verhängnisvoll, als die bis dahin geltende Sonderklausel für »Ostblockflüchtlinge« aufgehoben wurde. Daraufhin unternahmen einige Bundesländer Anstrengungen, sie abzuschieben. Die Zahl der abgeschobenen Polen ist nicht bekannt; der allergrößte Teil der »Geduldeten« konnte allerdings nach zahlreichen Protesten gegen die Abschiebungen und oft langwierigen Auseinandersetzungen mit den Ausländerbehörden in den Jahren nach 1989 ihren Aufenthaltsstatus verfestigen. Dennoch waren die Bedingungen, unter denen sie leben mussten – unsicheres Aufenthaltsrecht und Arbeitsverbot –, oft noch über Jahre hinweg äußerst prekär.

Nach Einschränkung der Niederlassungsmöglichkeiten fand eine langfristige, legale Zuwanderung in den 1990er-Jahren nur noch in sehr begrenztem Maße statt. Es handelte sich vor allem um Angehörige der deutschen Minderheit in Polen, speziell aus der Region Oberschlesien, denen in den 1990er-Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt wurde – insgesamt etwa eine viertel Million Personen¹⁴ – sowie Migranten bzw. hauptsächlich Migrantinnen, die einen deutschen Ehepartner heirateten.

Den beiden langfristig zuwandernden Migrationstypen der 1980er-Jahren – Aussiedlern und »Geduldeten« – stehen die verschiedenen Typen befristeter Migrationen hauptsächlich der 1990er-Jahre gegenüber. Der erste wichtige Typ waren solche Migranten, die mit Touristenvisum in die Bundesrepublik Deutschland einreisten, um einer irregulären Beschäftigung nachzugehen.¹⁵ Dieses Migrationsmuster war bereits seit den frühen 1980er-Jahren zu beobachten, denn auf Grund des enormen Lohngefälles zwischen beiden Ländern war der Gelderwerb selbst bei schlechter Bezahlung äußerst lukrativ. Belief sich die Zahl der irregulär Beschäftigten anfangs noch auf einige Zehntausende jährlich, war auch hier seit 1987 eine starke Intensivierung der Wanderungen zu beobachten. Freilich liegen zur irregulären Beschäftigung der polnischen Migranten keine Zahlenangaben vor, aber bereits für das »Wende«-Jahr 1989 wurde ihre Zahl auf Hunderttausende geschätzt. Für die folgenden Jahre wurde von weiterhin jährlich Hunderttausenden irregulären Beschäftigungsverhältnissen ausgegangen, wobei kein Trend

13 Die »Geduldeten« erhielten einen Arbeitsplatz nur dann, wenn hier kein Deutscher oder bevorrchtigter EG- bzw. EU-Ausländer beschäftigt werden konnte. In der Praxis war es ihnen deshalb fast unmöglich, einer legalen Beschäftigung nachzugehen.

14 Die Zahl der in Polen lebenden deutschen Staatsangehörigen wird unterschiedlich angegeben; die Gruppe setzt sich neben den Personen, bei denen die deutsche Staatsangehörigkeit festgestellt wurde, zu einem kleinen Teil – hierüber liegen keine statistischen Angaben vor – auch aus zurückgewanderten Aussiedlern zusammen. Zur »Feststellung« der deutschen Staatsangehörigkeit vgl. *Miera*, *Zuwanderer*, S. 11–18; zu den eingeschränkten Niederlassungsmöglichkeiten polnischer Migranten in den 1990er-Jahren vgl. ebd., S. 19–29.

15 Zur Migration der irregulär Beschäftigten aus Polen vgl. *Norbert Cyrus*, *Den Einwanderungskontrollen entgangen. Bestandsaufnahme und Anmerkungen zur unkontrollierten Zuwanderung in die BRD am Beispiel polnischer Staatsangehöriger*, in: *Barbara Dankwort/Claudia Lepp* (Hrsg.), *Von Grenzen und Ausgrenzung. Interdisziplinäre Beiträge zu den Themen Migration, Minderheiten und Fremdenfeindlichkeit*, Marburg 1997, S. 35–56; *Vera Gaserow*, »...und bloß nicht ins Krankenhaus«. *Illegale in Berlin*, in: *BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik* (Hrsg.), *Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte*, Hamburg 1995, S. 19–24; *Eckhard Kienast/Helga Marburger*, *Arbeits- und Lebensbedingungen polnischer Arbeitsmigranten in den neuen Bundesländern*, in: *Hans Bertram/Stefan Hradil/Gerhard Kleinhenz* (Hrsg.), *Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern*, Berlin 1995, S. 257–274; *Miera*, *Zuwanderer*, S. 41–46.

einer deutlichen Zu- oder Abnahme auszumachen war. Die Migrantinnen und Migranten arbeiteten sowohl in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, als Handwerker oder Haushaltshilfen in Privathaushalten sowie als Prostituierte. Zu ihrer meist äußerst geringen Entlohnung kam die durch ihre Rechtlosigkeit bedingte starke Abhängigkeit von ihren Arbeitgebern. Die Migranten hatten weiterhin große Schwierigkeiten, eine Unterkunft zu finden. Zudem hatten sie kaum Möglichkeit, sich im Krankheitsfall oder sogar bei einem Arbeitsunfall medizinisch behandeln zu lassen. Insgesamt stellte sich die Situation großer Teile der irregulär beschäftigten Migranten am problematischsten dar.

Unter dem Eindruck der steigenden Zahl irregulär Beschäftigter wurden 1990 von der damaligen Bundesregierung mit verschiedenen ostmitteleuropäischen Staaten bilaterale Abkommen über die »neuen« Gastarbeiter geschlossen, die erstens die irreguläre Beschäftigung legalisieren und zweitens die Arbeitsbedingungen der Migranten verbessern sollten.¹⁶ Infolgedessen wanderten Anfang der 1990er-Jahre jährlich zwischen 150.000 und 200.000, seit Mitte des Jahrzehnts bis zu 250.000 befristet beschäftigte Saison- oder als Werkvertragsarbeitnehmer aus Polen »na Saksy« (»nach Sachsen« – so die polnische Redewendung für Arbeitsmigrationen nach Deutschland). Die bis zu 200.000 Saisonarbeiter aus Polen wurden hauptsächlich in der Landwirtschaft, die zwischen 20.000 und 50.000 Werkvertragsarbeitnehmer im Baugewerbe beschäftigt. Wichtiges Merkmal der zirkulären Arbeitskräftemigration war im Gegensatz zur Migration der »alten« Gastarbeiter die strikte Einhaltung des Rotationsprinzips zur Verhinderung einer Verfestigung des Aufenthaltes der Arbeitsmigranten. Die wichtigen Ziele der Abkommen über die »neuen« Gastarbeiter wurden indes nur zum Teil erreicht. Zwar wurden die Interessen von Landwirten und Auftraggebern der Baubranche befriedigt, die auf die Billiglohnarbeiter nicht verzichten wollten. Die Situation der Arbeitsmigranten selbst änderte sich gegenüber den irregulär Beschäftigten nur wenig. Die festgeschriebene tarifliche Entlohnung der Saison- und Werkvertragsarbeitnehmer wurde selten eingehalten, indem die Arbeitgeber hohe Abzüge für Unterbringung und Verpflegung einbehielten. Die Arbeitsmigranten waren weiterhin rechtlich nicht ausreichend abgesichert, insbesondere auch deshalb, weil sie sich weder in Polen, noch in der Bundesrepublik Deutschland auf eine wirksame Interessenvertretung stützen konnten, die gegen die hier vielfach auftretenden Missstände hätte vorgehen können.¹⁷

16 Einen Überblick zu den Beschäftigungstypen der »neuen« Gastarbeiter geben Norbert Cyrus, Wie vor hundert Jahren? Zirkuläre Arbeitsmigration aus Polen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Pallaske, Migration von Polen nach Deutschland, S. 185–203; Ewa Helias, Die rechtlichen Grundlagen und Probleme der legalen Beschäftigungsmöglichkeiten für polnische Bürger in Deutschland, in: Kurcz/Misiak, Mniejszości niemiecka, S. 163–179; Elmar Hönekopp, Ost-West-Wanderungen. Ursachen und Entwicklungstendenzen – Bundesrepublik Deutschland und Österreich, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 1991, Nr. 1, S. 115–133; Kienast/Marburger, Arbeits- und Lebensbedingungen; Ursula Mehrländer, Neue Formen der Arbeitskräftewanderung. Polnische Werkvertragsarbeitnehmer, Gastarbeiter und Saisonarbeiter, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Bonn 1996, S. 596–696; Lederer, Migration, S. 249 ff.; Miera, Zuwanderer, S. 30–40; Andrzej Sakson, Die neueren Wanderungsbewegungen polnischer Arbeitskräfte – Eine Dokumentation, in: Prokla, Jg. 21 (1993), Nr. 83, S. 285–290. Neben den Saisonarbeitern und Werkvertragsarbeitnehmer konnten in den 1990er-Jahren weiterhin auch Grenzgänger und die sog. »Gastarbeiter« befristet zuwandern. Beide Gruppen waren allerdings zahlenmäßig weit unbedeutender.

17 Zur Arbeitssituation der Saison- und Werkvertragsarbeitnehmer vgl. Norbert Cyrus/Ewa Helias, »Es ist möglich, die Baukosten zu senken«. Zur Problematik der Werkvertragsvereinbarungen mit osteuropäischen Ländern seit 1991, Berlin 1993; Joanna Korczyńska, Individuelle Kosten und Nutzen der Saisonarbeit der Polen in Deutschland. Analyse und Ergebnisse einer empirischen Untersuchung 1999/2000, in: Pallaske, Die Migration von Polen nach Deutschland, S. 205–225.

Zu den befristet zuwandernden Arbeitsmigranten der 1990er-Jahre zählten schließlich auch die bereits angesprochenen rund 250.000 Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen. Sie konnten ohne aufenthalts- und arbeitsrechtliche Einschränkung in die Bundesrepublik kommen und waren insofern gegenüber den übrigen »neuen« Gastarbeitern privilegiert, als ihnen als deutschen Staatsbürgern ein besserer Rechtsschutz zustand. Über das Ausmaß der Wanderungen dieser Gruppe liegen keine Zahlenangaben vor.

1.2 MIGRATIONSMOTIVE UND MIGRATIONSTRATEGIEN

Wenn bisher hauptsächlich die Einfallstore bzw. Zuwanderungsmöglichkeiten der Migration aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland diskutiert wurden, also die durch die Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland bestimmten Zuweisungen in verschiedene Formen eines Aufenthaltsstatus, die das Migrationsgeschehen maßgeblich kanalisiert, so sagt dies noch wenig über die eigentlichen Gründe der hunderttausendfachen Wanderungen aus. Bilanziert man sowohl für die 1980er-, als auch für die 1990er-Jahre einen anhaltend hohen Migrationsdruck aus Polen in Richtung Westen, so sollen im Folgenden wichtige Erklärungsansätze hierfür vorgestellt werden: erstens die wichtigen Migrationsmotive der Zuwanderer, zweitens der Netzwerke- und Migrationssystem-Ansatz.

Die Ausreisemotive der Migranten der 1980er-Jahre lagen hauptsächlich im Bestreben begründet, den schwierigen, oft widrigen Lebensbedingungen zu entkommen, und im Wunsch nach Verbesserung der materiellen Situation und der persönlichen Lebensperspektiven.¹⁸ Die Lebenssituation im Polen der 1980er-Jahre war geprägt durch eine kollektive Mangelerfahrung, von der die Mehrheit der Gesellschaft in ähnlicher Weise betroffen war. Sowohl die schwierige Versorgung mit Versorgungsgütern, die Wohnungsknappheit, die in einigen Regionen verheerende Umweltverschmutzung sowie die Unzufriedenheit mit dem politischen und wirtschaftlichen System verknüpft mit einer fehlenden Aussicht auf einen Wandel waren wichtige Beweggründe, die zur Ausreiseentscheidung führten. Dagegen wanderte nur ein kleiner Teil der Asylbewerber auf Grund politischer Verfolgung und ebenso nur ein kleiner Teil meist älterer Aussiedler auf Grund tatsächlicher Diskriminierungserfahrungen wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit aus. Die Bedeutung der hauptsächlich materiellen Migrationsmotive ist insofern zu relativieren, als die Migranten keineswegs immer eine rational nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Abwägung im Vorfeld der Ausreise vornahmen. Ihre Migrationsentscheidung wurde vielmehr auch abhängig von einer Reihe individuell sehr heterogener, teils nicht rationaler Einflussfaktoren – wie etwa übertriebenen Schilderungen bereits Ausgereister über das angeblich bessere Leben im »Goldenen Westen« – gefällt.

18 Zu den Lebensbedingungen in Polen der 1980er-Jahre vgl. *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration*, Polen, S. 55; *Kempf*, Die polnische Migration, S. 15; *Maier*, PolInnen in Berlin, S. 9; *Edward Marek*, Auswanderung aus Polen mit der Berücksichtigung der Beschäftigung polnischer Arbeitnehmer im Ausland, Warschau 1992, S. 6; *Mirjana Morokvasic*, Pendeln statt Auswandern. Das Beispiel der Polen, in: *dies./Hedwig Rudolph* (Hrsg.), Wanderungsraum Europa. Menschen und Grenzen in Bewegung, Berlin 1994, 166–187, hier: S. 179; *Wolf Oschlies*, Polnischer »Drang nach Westen«. Dynamik und Motive der jüngsten Emigrationswelle aus Polen, Köln 1989, S. 6–10; *Roller*, Neue Zuwanderung, S. 148; *Sakson*, Die neueren Wanderungsbewegungen, S. 285; *Thomas Schwarz*, Baltische Staaten und Polen, in: *Peter J. Opitz* (Hrsg.), Der globale Marsch. Flucht und Migration als Weltproblem, München 1997, S. 56–77, hier: S. 67; *Kazimierz Wóycicki*, Polen, Deutsche, Europäer. Identitätsbewusstsein und Gruppenbindung am Beispiel Düsseldorf, in: *Wolff-Powęska/Schulz*, Polen in Deutschland, S. 237–269, hier: S. 246 ff.

Weil bis 1989 ein Ende des Ost-West-Konflikts nicht absehbar war, wurde die Wanderung über den »Eisernen Vorhang« in den 1980er-Jahren von vielen Ausreisenden als unumkehrbarer Schritt geplant. Die Migranten gaben ihre Existenz in Polen auf, viele glaubten sogar, ihre Verwandten und Bekannten nie wiedersehen zu können. Die Systemgrenze zwischen Ost und West als schwer überwindbare Wanderungsbarriere begünstigte somit die Migrationsstrategie einer langfristigen Ausreise.

Die Migrationsmotive und die Migrationsstrategien wandelten sich in den 1990er-Jahren in verschiedener Hinsicht. Der Transformationsprozess, eingeleitet durch den radikalen Balcerowicz-Plan von 1990, brachte zwar in den folgenden Jahren eine enorme Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Polens, hatte aber die Lebensbedingungen für viele Menschen kurz- und mittelfristig eher verschlechtert, insbesondere, wenn sie von der zuvor ungekannten Arbeitslosigkeit betroffen waren.¹⁹ Das weiterhin bestehende enorme Lohngefälle zwischen Polen und der Bundesrepublik machte die reguläre oder irreguläre Beschäftigung aber auch für Migranten mit Beschäftigung in Polen äußerst lukrativ, die häufig ihren Jahresurlaub zur Arbeitsmigration nutzten. Betrug das Lohngefälle branchenabhängig Mitte der 1980er-Jahre noch zwischen 12 und 20, so sank es bis Mitte der 1990er-Jahre auf 5 bis 8. Die Einschränkung der Niederlassungsmöglichkeiten und der seit 1989 problemlose Grenzübertritt (unterbrochen lediglich durch eine ein halbes Jahr währende Wiedereinführung der Visumspflicht zwischen Oktober 1990 und April 1991) begünstigte die Etablierung eines neuen Migrationsmusters, das der Pendelmigration. Entgegen der Migranten der 1980er-Jahre wechselten die zahlreichen befristet zuwandernden Arbeitsmigranten aus Polen in den 1990er-Jahren – sowohl die »neuen Gastarbeiter«, die irregulär Beschäftigten und die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen – zu einem großen Teil auf lange Sicht zwischen zwei Lebensmittelpunkten. In der Forschung wird diese Art der Wanderung deshalb als Pendelmigration beschrieben, die migrationsgeschichtlich freilich kein Novum darstellt, wohl aber bezogen auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland.

Die Pendelmigration ist insofern ein Paradoxon, als sie mehr eine »Strategie um zu Hause bleiben zu können«²⁰ beschreibt. Als wichtiger Faktor zur Erklärung der Intensität stattfindender Wanderungen ist in der jüngeren Forschung auf die Bedeutung der Netzwerke der Zuwanderer, auch der verschiedenen Migrationstypen untereinander sowie der Fortbestand von Kontakten und Kommunikation mit ihren Herkunftsregionen hingewiesen worden. Diese Netzwerke spielten schon bei den langfristig geplanten Migrationen in den 1980er-Jahre eine entscheidende Rolle. Familienmitglieder, Freunde oder Nachbarn, die bereits in der Bundesrepublik Deutschland lebten, bildeten als »Brückenköpfe« einen ersten wichtigen Anlaufpunkt und halfen in Erwartung einer Aufnahme und Hilfestellung nach ihrer Ankunft, die Hemmschwelle der Migrationsentscheidung zu senken. So konnten die Aussiedler der 1980er-Jahre zu rund zwei Dritteln auf bereits ausgeweihte Verwandte zurückgreifen; bei den Ausländern polnischer Staats-

19 Zu den Folgen des Transformationsprozesses in Polen vgl. *Lucyna Frackiewicz*, Gesellschaftliche Folgen der Umwandlungsperiode in Polen, in: *Jiri Musil* (Hrsg.), Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den östlichen Nachbarn, Opladen 1997, S. 101–116; *Helga Herberg*, Strategie und Hauptergebnisse der Transformation in Polen, Berlin 1996; *Felicitas Hillmann/Hedwig Rudolph*, S(Z)eitenwechsel. Internationale Mobilität Hochqualifizierter am Beispiel Polen, in: *Ludger Pries* (Hrsg.), Transnationale Migration, Baden-Baden 1997, S. 245–263.

20 *Morokvasic*, Pendeln, S. 185. Die Pendelmigration als vorherrschender Migrationstyp aus Polen in den 1990er-Jahren findet sich weiterhin beschrieben bei *Cyrus*, Polnisch-deutsche Arbeitsmigration; *Frauکه Miera*, Migration aus Polen. Zwischen nationaler Migrationspolitik und transnationalen sozialen Lebensräumen, in: *Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald* (Hrsg.), Zuwanderung und Stadtentwicklung, Opladen u.a. 1997, S. 232–254.

angehörigkeit war es rund die Hälfte.²¹ In den 1990er-Jahren dienten die Netzwerke vor allem der Vermittlung von Arbeits- und Wohnmöglichkeiten sowie weiterer für den Aufenthalt wichtiger Informationen. Hier entstanden für die Betroffenen allerdings teilweise negativ sich auswirkende Abhängigkeitsverhältnisse. Der Erklärungsansatz der Migration aus Polen als einer stark von familiären und anderen Netzwerken geförderten oder sogar ausgelösten Wanderungskette stellte die langfristig ausgereisten Migranten der 1980er-Jahre und die Pendelmigranten der 1990er-Jahre in Zusammenhang, indem die Netzwerke der bereits in Deutschland lebenden Migranten für die befristet zuwandernden Arbeitsmigranten der 1990er-Jahre eine wichtige Voraussetzung für deren Aufenthalt schufen.

In der Summe der Wanderungen der verschiedenen Migrationstypen – langfristige und endgültige Zuwanderungen auf der einen sowie befristete bzw. Pendelmigrationen auf der anderen Seite – lassen sich die Migration aus Polen in den 1980er- und 1990er-Jahren als ein ausgeprägtes Migrationssystem beschreiben.²² Der Migrationssystem-Ansatz verweist auf den migrationsfördernden Effekt der sich verstärkenden Kettenreaktionen parallel stattfindender Wanderungen. Darüber hinaus verdeutlicht dieses Erklärungsmodell Bezüge der Migrationen aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland zum übergeordneten globalen Migrationssystem der europäischen Ost-West-Migration²³ sowie zur weit reichenden historischen Kontinuität von Zuwanderungen polnischer Migranten nach Deutschland seit dem späten 19. Jahrhundert.²⁴ Diese Kontinuität konfiguriert historisch tradierte Migrations- und Kommunikationskanäle, die einen wichtigen, freilich nicht messbaren Erklärungsanteil zum großen Ausmaß der Migrationen aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er- und 1990er-Jahren beitragen.

-
- 21 Wolfgang Seifert, Neue Zuwanderergruppen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Eine Analyse der Arbeitsmarktchancen von Aussiedlern, ausländischen Zuwanderern und ostdeutschen Übersiedlern, in: *Soziale Welt*, Jg. 47 (1996), Nr. 2, S. 180–201, hier: S. 187. Verschiedentlich finden sich Hinweise auf die Bedeutung der Netzwerke; vgl. *Ausländerbeauftragte des Senates von Berlin*, Polen in Berlin. Erfolgreiche Integration trotz teilweise widriger Umstände. Lebenschancen wahrgenommen (Pressemitteilung), Berlin 1995; Fassmann, Auswanderung aus Polen, S. 22 f.; Hofmann, Politische und soziokulturelle Herkunftsbedingungen, S. 153; Hönekopp, Ost-West-Wanderungen, S. 123; Miera, Zuwanderer, S. 9; Roller, Neue Zuwanderung, S. 148.
- 22 Der Migrationssystem-Ansatz soll hier nicht ausführlich erläutert werden; vgl. einführend hierzu die Zusammenfassungen von Mathias Bös, Migration als Problem offener Gesellschaften, Opladen 1997, S. 62 ff.; Saskia Sassen, Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa, Frankfurt/M. 1996, S. 150 f.
- 23 Zur Ost-West-Migration als der seit Mitte der 1980er-Jahre bedeutendsten Wanderungsrichtung innerhalb Europas vgl. einführend Heinz Fassmann/Rainer Münz, Geschichte und Gegenwart europäischer Ost-West-Wanderung, in: *Österreichische Osthefte*, Jg. 37 (1995), Nr. 3, S. 747–779; Hönekopp, Ost-West-Wanderungen; Marek Okólski, Aktuelle Wanderungsbewegungen in Mittel- und Osteuropa, in: Morokvasic/Rudolph, Wanderungsraum Europa, S. 133–148.
- 24 Für eine knappe Chronologie der Zuwanderungen polnischer Migranten von den Saisonarbeitern und den »Ruhrpolen« in Kaiserreich und Weimarer Republik über die polnischen Zwangsarbeiter des Ersten und Zweiten Weltkriegs bis zur jüngsten Migration der 1980er- und 1990er-Jahre vgl. Christoph Pallaske, Einleitung. Die Migration von Polen nach Deutschland. Ein europäisches Migrationssystem, in: *ders.*, Die Migration von Polen nach Deutschland, S. 9–15, hier: S. 10 f.

2. DIE GRUPPE DER LANGFRISTIG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND LEBENDEN MIGRANTEN AUS POLEN

Über die Größe der Gruppe der »Polen in Deutschland« ist vielfach gestritten und zu recht bemerkt worden, dass die in den 1990er-Jahren in der Ausländerstatistik angegebene Zahl von konstant knapp 300.000 Polen eine schlechte Vorstellung davon vermittelt, wie viele polnische Migranten in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich lebten. In verschiedenen Schätzungen wurde als Kriterium vorgeschlagen, solche Personen zur »Polonia« – so die polnische Bezeichnung für polnische Zuwanderergruppen im Ausland – zu zählen, die als einen Teil ihrer Identität »polnische Wurzeln« ausmachen bzw. sich zu ihrer »polnischen Herkunft« bekennen. Auf Grundlage dieses Kriteriums wurde ihre Zahl bisweilen mit bis zu zwei Millionen angegeben. Hier wurden sogar die Migranten der Vorkriegszeit und ihre Nachfahren mit einbezogen.²⁵ Eine solche Festlegung ist freilich viel zu unscharf, weil eindeutige nationale Zugehörigkeiten im Eingliederungsprozess verwischen. Somit ist es auch wenig sinnvoll, von »den Polen« zu sprechen oder von einer »Polonia« bzw. »polnischen Minderheit« in Deutschland *per se* auszugehen.

Die Größe der Gruppe der Migranten aus Polen soll hier anhand des scharfen Kriteriums der Zahl von Zuwanderern erster Generation mit einer bei ihrer Ankunft in ganz überwiegendem Maße »polnischen« Sozialisation bestimmt werden, was sich insbesondere an ausschließlich polnischen Sprachkenntnissen ablesen lässt. Auf Grund der Feststellung, dass rund 90 Prozent der Aussiedler aus Polen der 1980er- und frühen 1990er-Jahre mit ganz überwiegend »polnischen« Biografien in die Bundesrepublik Deutschland kamen und nur auf Grund der großzügigen Anerkennungspraxis zu Aussiedlern gemacht wurden, ergibt sich hier eine Zahl von etwa 730.000 Personen, die zur Gruppe polnischer Migranten hinzuzurechnen sind. Die Wohnbevölkerung der Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit betrug in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre relativ konstant eine viertel Million Menschen.²⁶ Sie setzte sich zum überwiegenden Teil aus der Gruppe der 190.000 Asylbewerber bzw. »De-Facto-Flüchtlinge« der 1980er-Jahre zusammen, zu jeweils kleinen Teilen aus Migranten der Zeit vor 1980, aus polnischen Staatsbürgern, die in der DDR lebten, sowie den wenigen Migranten, die sich nach 1990 niederlassen konnten – hier vor allem auf Grund von Heirat mit einem deutschen Ehepartner. Insgesamt lebten in den 1990er-Jahren in der Bundesrepublik Deutschland somit knapp eine Million Migranten erster Generation, die seit 1980 aus Polen zuwanderten.

25 Zur Größe der Gruppe der Polen in Deutschland vgl. Dieter Bingen/Burkard Steppacher (Hrsg.), *Polonia in Deutschland. Dokumentation*, Bonn 1996, S. 12; Krzysztof Rumiński, *Polonia. Starke Lobby in Deutschland?*, in: *Dialog*, Jg. 1999, Nr. 51–52, S. 32 ff. Grundsätzlich zur Gruppe der Zuwanderer aus Polen in der Bundesrepublik Deutschland vgl. weiterhin Heinrich Mrowka, *Die polnische Minderheit in Deutschland vor dem Hintergrund der anderen Bevölkerungsgruppen*, in: *Dokumentation Ostmitteleuropa*, Jg. 44 (1994), Nr. 3/4, S. 121–217; Maria Valentina Stefanski, *Die polnische Minderheit*, in: Cornelia Schmalz-Jacobsen/Georg Hansen (Hrsg.), *Ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1995, S. 385–401; Grzegorz Ziętkiewicz, *Polen in Berlin. Geschichte und Gegenwart – Polacy w Berlinie. Historia i dzień dzisiejszy*, Berlin 1994.

26 Die in der Ausländerstatistik ausgewiesene Zahl von zwischen 260.000 und 290.000 in den 1990er-Jahren ist um die Zahl der jährlich ca. 20.000 Werkvertragsarbeitnehmer zu bereinigen, die mit dem Rechtsstatus der Aufenthaltsbewilligung mit in die Ausländerstatistik eingingen, aber nicht zur ausländischen Wohnbevölkerung zu zählen sind.

Die Zuwanderer aus Polen in der Bundesrepublik Deutschland werden als besonders »integrationsfähige« oder sogar unsichtbare Minderheit wahrgenommen bzw. eben nicht wahrgenommen; gängige Klischees hierzu brachte Gerhard Gnauck 1998 auf den Punkt:

»Die in Deutschland lebenden Polen sind das Gegenbild zu der größten Gruppe unter den Ausländern [den türkischen Zuwanderern]. Die Polen tragen keine Kopftücher und sind auch an der Hautfarbe nicht zu erkennen. Sie bauen keine eigenen Gotteshäuser. Sie demonstrieren nicht, sie organisieren sich auch nicht, jedenfalls nicht in sichtbarer Form. Sie wohnen auch nicht geballt in bestimmten Stadtvierteln. Die kommunalen Ausländervertretungen überlassen sie den Türken, Serben und Griechen. Fast könnte man meinen, es gebe sie gar nicht, so wenig fallen sie auf. Sie wollen auch gar nicht auffallen. Kaum eine Ausländergruppe hat sich so geräuschlos integriert wie die Polen.«²⁷

Gemessen an der Größe der Gruppe der Zuwanderer aus Polen mutet dies zunächst erstaunlich an, schließlich war ihre Zahl immerhin knapp halb so groß wie die der viel stärker im Bewusstsein der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit verankerten Gruppe der Migranten aus der Türkei. Anders gesprochen, war etwa jeder achtzigste Einwohner der Bundesrepublik Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten aus Polen zugewandert.

Der geringen Aufmerksamkeit, die den Zuwanderern aus Polen entgegengebracht wird, steht gegenüber, dass sie in individueller Perspektive einen für Migranten ganz typischen und meist schwierigen Eingliederungsprozess zu bewältigen hatten. Dies gilt für die Aussiedler wie für die Gruppe der »Geduldeten« bzw. Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit gleichermaßen, wenngleich sie auf Grund ihres Rechtsstatus bzw. des eingangs unterstellten Einflusses migrationspolitisch bewirkter In- und Exklusionen stark unterschiedliche Bedingungen und Möglichkeiten zur Eingliederung vorfanden. Im Folgenden sollen die Eingliederungsprozesse in zweierlei Hinsicht diskutiert werden. In einem ersten Schritt werden Aspekte der individuellen Eingliederung vorgestellt, in einem zweiten Schritt soll – um die langfristige Anpassung oder Nicht-Anpassung der Migranten an die bundesrepublikanische Gesellschaft bewerten zu können – die Ausprägung von Merkmalen ethnischer »communities« untersucht werden. Beide Untersuchungsstrategien werden hier unter Maßgabe des Akkulturationskonzepts angelegt, das weder die normative Vorgabe einer langfristigen Assimilierung der Migranten, noch die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft mit einer Hervorhebung und institutionellen Förderung ethnisch gegeneinander abgegrenzter Gruppen intendiert. Akkulturation als ein »dritter Weg« zur Beschreibung des Eingliederungsprozesses von Migranten beschreibt eine Angleichung zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft in einem Mehrheits-Minderheiten-Verhältnis, die einerseits determiniert ist durch die Anpassungsbereitschaft der Migranten, andererseits aber auch durch die den Migranten entgegengebrachten Offenheit seitens der Aufnahmegesellschaft – dies in einer materiell-ökonomischen, einer politisch-rechtlichen, einer sozialen sowie schließlich einer mentalen Dimension. Somit betrifft die Akkulturation nicht nur Fragen ethnischer bzw. nationaler Identifikation, sondern beispielsweise auch die durch ethnische Zugehörigkeit bedingten Unterschichtungseffekte sowie die über das Aufenthaltsrecht bestimmten In- und Exklusionen.²⁸

27 Gerhard Gnauck, Da es an der Weichsel wieder aufwärts geht, zieht es manche der in Deutschland lebenden Polen wieder in Richtung Heimat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.5.1998. Vgl. zur »Unsichtbarkeit« der Migranten aus Polen auch Wolf-Powęska/Schulz, Polen in Deutschland, S. 279 ff.

28 Vgl. zum Akkulturationsansatz, der hier im Sinne der von Friedrich Heckmann entwickelten Konzeption verstanden wird, Friedrich Heckmann, Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Minderheiten, Stuttgart 1992, S. 167 ff., 186 f.

2.1 EINGLIEDERUNGSPROZESSE VON ZUWANDERERN AUS POLEN IN INDIVIDUELLER PERSPEKTIVE

Unter den verschiedenen Aspekten der Eingliederungsprozesse der langfristig zugewanderten Migranten aus Polen in individueller Perspektive sollen hier exemplarisch der Spracherwerb, die berufliche Eingliederung und die in den Wohnungsmarkt sowie schließlich einige Aspekte der identifikatorischen Eingliederung diskutiert werden.

Die Aneignung der Sprache der Aufnahmegesellschaft durch die Migranten ist maßgebliche Voraussetzung und gleichzeitig wichtiger Indikator für den Grad des Fortschritts der Eingliederung.

»Und da muss man da praktisch hier anfangen, Deutsch zu lernen, und das war dann diese Barriere, wo da war nicht so leicht zu überbrücken, also, da war ziemlich dickes, riesiges Wand. Am Anfang geht das einfach nicht.«²⁹

Diese Bemerkung eines Aussiedlers macht deutlich, dass das Erlernen der Sprache im beginnenden Eingliederungsprozess meist als das Hemmnis schlechthin gesehen wurde. Hier waren die Aussiedler gegenüber den Ausländern polnischer Staatsangehörigkeit deutlich besser gestellt, weil ihnen zur Vermittlung in den Arbeitsmarkt in den 1980er-Jahren noch ein zwölfmonatiger Sprachkurs angeboten wurde.³⁰ Obwohl die Ergebnisse der Sprachkurse zum Teil nur als dürftig bilanziert wurden, waren die Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit mit Ausnahme der schulpflichtigen Kinder hier deutlich benachteiligt, mussten sie doch beim Spracherwerb selbst Initiative ergreifen. Insgesamt waren die Erfolge des Spracherwerbs bei den Migranten mittelfristig nicht als besonders groß einzuschätzen. Nach einer Umfrage Mitte der 1990er-Jahre konnten nach mehrjährigem Aufenthalt nur rund die Hälfte der Aussiedler aus Polen gut oder sehr gut Deutsch sprechen.³¹ Die Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit hatten im Vergleich noch schlechtere Sprachkenntnisse.

Ein weiteres vordringliches Problem nach der Ankunft war die Eingliederung der Migranten auf dem Wohnungsmarkt. Auf Grund der enormen Zuwanderungen in den Jahren um die »Wende« kam es in den frühen 1990er-Jahren zu einem massiven Wohnungsnotstand, weshalb viele Migranten mehrere Monate und nicht selten einige Jahre in Auffanglagern und Übergangswohnheimen verbringen mussten.³² Hiervon waren die Aussiedler wie auch die langfristig zuwandernden Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit in ähnlicher Weise betroffen, wenngleich die Verweildauer der Aussiedler in den Übergangswohnheimen auf Grund bevorzugter Vergabe von Sozialwohnungen etwas kürzer war. Mittel- und langfristig kamen die Migranten aus Polen meist in Mietwohnungen unter, die sie tendenziell – anders als etwa die Aussiedler aus der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten – auf Grund der Wohngewohnheiten in Polen nicht mehr verließen oder aus denen sie in andere Mietwohnungen umzogen. Somit kann man

29 Zitat eines 30-Jährigen, 1990 zugewanderten Aussiedlers, der im Rahmen des von mir durchgeführten Forschungsprojektes interviewt wurde.

30 Zur Sprachförderung der Aussiedler und deren Effektivität vgl. *Hofmann*, Politische und soziokulturelle Herkunftsbedingungen, S. 146; *Polis*, Aussiedler-Monitor, S. 68, 73–78.

31 *Münz/Ohliger*, Deutsche Minderheiten, S. 24. In einer vergleichenden Untersuchung ebenfalls aus Mitte der 1990er-Jahre hat *Seifert*, Neue Zuwanderergruppen, S. 190, bilanziert, dass die Sprachkenntnisse von Ausländern gegenüber Aussiedlern signifikant um etwa ein Drittel niedriger lagen.

32 Die durchschnittliche Verweildauer betrug für Aussiedler Ende der 1980er-Jahre in Nordrhein-Westfalen 14 Monate; *Polis – Gesellschaft für Politik und Sozialforschung*, Phase III. Bilanz und weitere Perspektiven, München 1992, S. 26. Viele Aussiedler mussten auch bis zu drei oder vier Jahre in den Übergangswohnheimen bleiben; *Hofmann*, Politische und soziokulturelle Herkunftsbedingungen, S. 155; *Seifert*, Neue Zuwanderergruppen, S. 188.

einerseits von einer mittelfristig gelungenen Eingliederung bezüglich der Bereitstellung von Wohnraum sprechen, andererseits lebten die Migranten im Vergleich zur Aufnahmegesellschaft deutlich unter den durchschnittlichen Wohnstandards. Ethnisch segregierte Wohnkolonien oder gar Gettos der polnischen Zuwanderer entstanden nicht, allerdings konzentrierten sich die Zuwanderer in sozial deklassierten Wohnvierteln mit allgemein hohem Migrantenanteil. Auffallend viele polnische Migranten lebten in Berlin, Hamburg und Bremen sowie in den Flächenländern Nordrhein-Westfalen und Hessen.³³

Bezüglich der Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt waren bei den Aussiedlern während der Jahre mit den allgemein hohen Zuwanderungen seit Ende der 1980er-Jahre kurzfristig große Probleme bei der Stellensuche zu beobachten. Ihre Arbeitslosenquote stieg Anfang der 1990er Jahre stark an, wenngleich die Eingliederung von rund 400.000 Aussiedlern aus Polen, die bis Mitte der 1990er-Jahre Beschäftigung fanden, zumindest mittelfristig erfolgreich war.³⁴ Dabei nahmen viele Aussiedler bei der Berufswahl eine teils krasse Dequalifizierung in Kauf. So fanden die unter den Aussiedlern häufig überdurchschnittlich Hochqualifizierten oft nur als Un- und Angelernte Beschäftigung.³⁵ Deutlich schlechter gestellt allerdings waren die Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit, die auf Grund ihres häufigen »Duldungs«-Status keine Arbeitserlaubnis erhielten. Sie mussten oft jahrelang in Arbeitslosigkeit verharren und waren deshalb vielfach auf irreguläre Beschäftigungsverhältnisse angewiesen. In vielen Biografien der »Geduldeten« wirkte sich die jahrelange Verweigerung einer regulären Beschäftigung als gravierende Belastung aus; sie fühlten sich zur Nutzlosigkeit verurteilt. Die Unterschiede zwischen beiden Gruppen relativierten sich mittel- und langfristig, nachdem viele Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit in einen stärker verfestigten Aufenthaltsstatus aufgestiegen waren und zu einem immer größeren Anteil, allerdings nicht im gleichen Umfang wie die Aussiedler, einer regulären Beschäftigung nachgehen konnten.³⁶

-
- 33 Vgl. zur Wohnsituation und regionalen Verteilung der Migranten aus Polen *Andreas Baaden*, Konzepte und Modelle zur Integration von Aussiedlern, Berlin 1997, S. 51; *Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau* (Hrsg.), Integration von Aussiedlern und anderen Zuwanderern in den deutschen Wohnungsmarkt, Weimar 1993; *Norbert Cyrus*, Nadelöhr Wohnen. Wie polnische Wanderarbeiter in Berlin unterkommen, in: *Renate Amann/Barbara von Neumann-Cosel* (Hrsg.), Berlin. Eine Stadt im Zeichen der Migration, Darmstadt 1997, S. 92–94; *Hans-Jürgen Hofmann*, Aussiedler-Wohngebiete in niedersächsischen Städten. Eine Untersuchung zur Segregation von Aussiedlern aus Polen in Wolfsburg, Braunschweig und Hannover, Potsdam 1998; *Polis*, Aussiedler-Monitor, S. 23, 46. Die Thesen gehen weiterhin aus Auswertungen von Materialien des Statistischen Bundesamtes zurück.
- 34 Zur Beschäftigungssituation der Zuwanderer aus Polen vgl. *György Barabas/Arne Gieseck/Ullrich Heilemann/Hans-Dietrich von Loeffelholz*, Auswirkungen der Ost-West-Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, in: *Institut für Internationale Politik*, Buntstift e.V., Ost-West-Migration in Europa, S. 63–76; *Seifert*, Neue Zuwanderergruppen.
- 35 Der Anteil der im unteren Arbeitsmarktsegment beschäftigten Aussiedler aller Herkunftsländer verdoppelte sich zwischen Mitte der 1980er- und Mitte der 1990er-Jahre auf zwei Drittel; vgl. *Münz/Ohliger*, Deutsche Minderheiten, S. 17 f. Weiterhin zur Dequalifizierung vgl. *Fassmann*, Auswanderung aus Polen, S. 21; *Hofmann*, Politische und soziokulturelle Herkunftsbedingungen, S. 155.
- 36 In den 1990er-Jahren stabilisierte sich die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter den Ausländern polnischer Staatsangehörigkeit nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei rund einem Viertel, nachdem sie bis Anfang der 1990er-Jahre nur bei etwa 12 Prozent gelegen hatte. Damit glich sich die Quote etwa der allgemein unter Ausländern zu beobachtenden an, lag allerdings noch immer deutlich unter der Quote der Aussiedler aus Polen von gut 40 Prozent. Vgl. zur prekären Situation der »Geduldeten« bezüglich ihrer Beschäftigungssituation *Cyrus*, Aktuelle Zuwanderung, S. 60; *Maier*, PolInnen in Berlin, S. 15 ff.; *Roller*, Neue Zuwanderung, S. 150; *Slaska*, Es gibt kein gelobtes Land.

Mehr Schwierigkeiten ergaben sich für die Aussiedler aus Polen gegenüber den Ausländern polnischer Staatsangehörigkeit bezüglich der identifikatorischen Eingliederung. Weil sich ihr privilegierter Aufenthalt durch das »Bekenntnis zum Deutschtum« legitimierte, hatte ein Teil der Aussiedler dem ihrem Status impliziten Druck, sich als Deutsche bekennen zu sollen, zunächst nachzugeben versucht. Nachdem deutlich geworden war, dass sie mangels Sprachvermögens und fehlender Akzeptanz in der Aufnahmegesellschaft mit dieser Strategie keinen Erfolg hatten, gerieten sie bezogen auf ihre nationale Identität zunächst in Verwirrung, bekannten sich mittelfristig aber wieder überwiegend zu ihrer polnischen Herkunft. Hier hatten die Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit weniger Probleme, weil sie einem solchen Druck nicht ausgesetzt waren.³⁷ Insgesamt ist für die identifikatorische Eingliederung zu bilanzieren, dass die Migranten sich auch viele Jahre nach ihrer Einreise mehrheitlich als Polen bekannten – auch der überwiegende Teil der Aussiedler aus Polen. Nach einer Umfrage Ende der 1990er-Jahre gaben (bei Mehrfachnennung) 80 Prozent der Migranten – sowohl Aussiedler aus Polen, als auch Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit – an, sich als Polen und zu 44 Prozent als Europäer zu bekennen. Nur 37 Prozent gaben an, in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat gefunden zu haben.³⁸ Dieser Befund deckt sich auch mit den relativ geringen Sprachkenntnissen unter den Migranten.

Somit stellt sich die Eingliederung der Migranten insgesamt als nur mäßig fortgeschritten dar. Die soziale Eingliederung verlief mittel- und langfristig zwar erfolgreich, allerdings sind bezogen auf die Wohnsituation auf Grund niedriger Wohnstandards und bezogen auf die Beschäftigungssituation auf Grund häufiger Dequalifizierung der Zuwanderer deutliche Unterschichtungseffekte auszumachen. Sprachkenntnisse und die identifikatorische Eingliederung legen nahe, dass die Migranten nur bedingt auf eine weiter reichende Anpassung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft einlassen wollten. Der Vergleich der Eingliederungsprozesse von Aussiedlern aus Polen auf der einen und Ausländern polnischer Staatsangehörigkeit auf der anderen Seite schließlich macht die im Akkulturationsansatz geforderte Offenheit der Aufnahmegesellschaft als Voraussetzung für die Eingliederung von Migranten plausibel. Die politisch gewollte Aussiedlermigration und die gezielte Hilfestellung beim Spracherwerb sowie bei der sozialen Eingliederung zeigt, dass hier der Eingliederungsprozess gegenüber den »Geduldeten« relativ vereinfacht war. Dies bedeutet keineswegs, dass die Eingliederung der Aussiedler aus individueller Perspektive leicht, aber eben weitaus problemloser zu bewältigen war. Somit können die Eingliederungshilfen für die Aussiedler und deren aufenthalts- und arbeitsrechtliche Inklusion durchaus als Modell für eine auf Akkulturation gerichtete Migrationspolitik dienen.

2.2 AUSPRÄGUNG VON MERKMALEN EINER ETHNISCHEN »COMMUNITY«

Für die Bewertung der Frage, ob sich Zuwanderer auf langfristige Sicht in die Aufnahmegesellschaft anpassen und eingliedern oder nicht, ist die Untersuchung der ganzen Zuwanderergruppe aussagekräftiger als die alleinige Betrachtung individueller Eingliederungsprozesse. Für eine langfristige Segregation brauchen die Zuwanderer einen Aufenthaltsort, in dem sie durch gegenseitige Kontakte und formelle Netzwerke in Bezie-

37 Zu den Problemen der identifikatorischen Eingliederung vgl. *Graudenz/Römhild*, Grenzerfahrungen, S. 54 ff; *Hofmann*, Politische und soziokulturelle Herkunftsbedingungen, S. 127 f.; *Meister*, Gruppen der Polen, S. 204; *Polis*, Aussiedler-Monitor, S. 230; *Wóycicki*, Polen, Deutsche, Europäer.

38 *Bernadette Jonda*, Besondere Bindungen an Polen, in: *Wolff-Powęska/Schulz*, Polen in Deutschland, S. 319–328, hier: S. 322 ff.

hung treten können, um sich somit ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu vergewissern und um als Gruppe gemeinsame Interessen zu vertreten. Dieser – abstrakte – Aufenthaltsort wird in der jüngeren Migrationsforschung unter dem Begriff der ethnischen Kolonie oder »community« diskutiert, die meist im jeweiligen städtischen Umfeld untersucht wird.³⁹ Die Netzwerke der Migranten untereinander können erstens informell aus familiären und Bekanntschaftsverhältnisse resultieren. Zweitens gibt es verschiedener Formen formeller Netzwerke ethnischer »communities«, etwa wirksame Interessenvertretungen, bestimmte Orte, an denen die Migranten konzentriert wohnen, einkaufen oder sich treffen. Schließlich ist ihre Wahrnehmung durch die Aufnahmegesellschaft entscheidend, ob sie hier »sichtbar« werden oder nicht. Für die Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland gelten die regional und auch lokal in Stadtteilen und Zechenkolonien konzentriert wohnenden »Ruhrpolen« mit einem sehr dichten Netz von Organisationen als klassische ethnische »community«. Das Bedürfnis der Migranten zur Gruppenbildung entwickelte sich vor allem auf Grund der staatlich initiierten Nicht-Ermöglichung der Eingliederung und als Reaktion auf die den Migranten entgegengebrachten Diskriminierungen.

Unter den Migranten aus Polen sind besonders die Netzwerke »nach innen«, also die informellen Netzwerke im jeweiligen lokalen Umfeld relativ stark ausgeprägt. Zwar sind »vor Ort« nur selten starke Konzentrationen oder gar geschlossene Wohngebiete polnischer Zuwanderer auszumachen; dennoch kennen sich die Migranten oft untereinander. Für viele Migranten waren Zuwanderer aus Polen oft die wichtigsten, für manche gar die einzigen Kontaktpersonen. Die Netzwerke sind auch über die Statusgrenzen zwischen Aussiedlern und Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit festzustellen. Sie konfigurieren sich in erster Linie entlang von Familienbindungen, denen durch die hohe Wertschätzung der Familien in Polen eine starke Integrationskraft zukommt. Aber auch andere wichtige Kontaktpersonen – Freunde und Bekannte – sind in vielen Fällen andere Migranten aus Polen.⁴⁰ Ein in Hamburg lebender Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit meinte über solche Kontakte:

»Jetzt haben wir einen sehr großen Bekanntenkreis hier, die meisten kommen aus Polen, manche sind schon nach dem Krieg gekommen, andere mit uns zusammen. Dass es fast alle Polen sind, ist doch ganz natürlich: Als ich nach Hamburg kam, war ich 24 und konnte nur wenig deutsch. Da redet man halt mit Polen. Im Sprachkurs waren auch keine Deutschen. Das ergibt sich jetzt einfach so. Jetzt bin ich 34. In dem Alter lernst du nicht mehr viele neue Leute kennen. Da ist der Zug abgefahren. Soll ich durch die Kneipen ziehen und einfach jemanden ansprechen, nur, damit ich deutsche Freunde finde? Um zu zeigen, wie schön integriert ich bin? Das ist doch nur ein Schlagwort. Das kannst du vergessen. Außerdem: Wir treffen uns mit den Leuten ja nicht deshalb, weil es Polen sind, sondern weil sie nett sind.«⁴¹

39 Das Konzept der ethnischen Gruppe oder »community« ist in den vergangenen Jahren wieder verstärkt in das Interesse der stark boomenden Migrationsforschung gerückt. Ethnische bzw. nationale Minderheiten werden dabei nicht primär in einem juristischen Sinne verstanden, sondern als durch verschiedene Faktoren konstituierte und somit mehr oder weniger sichtbare Minderheiten in Einwanderungsgesellschaften. Zur Ethnizität und ethnischen Gruppen, Minderheiten, Kolonien bzw. »communities« vgl. Heckmann, *Ethnische Minderheiten*, treffend gebündelt und verdichtet. Vgl. weiterhin Miera, *Zuwanderer*, S. 5 f.; Annette Treibel, *Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit*, Weinheim u.a. 1999, S. 191 ff.

40 Die Netzwerke hat vor allem Miera, *Migration aus Polen*, S. 244–248, untersucht. Zu den wichtigen Kontaktpersonen der Migranten aus Polen vgl. weiterhin Polis, *Aussiedler-Monitor*, S. 219–227; Wóycicki, *Polen, Deutsche, Europäer*, S. 258 f. Für die Zuwanderer aus Polen in Berlin ist die Intensität der Netzwerke empirisch belegt worden. Demnach hatten beispielsweise 80 Prozent der Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit guten Kontakt zu Aussiedlern aus Polen zu haben; vgl. *Ausländerbeauftragte des Senates von Berlin*, *Polen in Berlin*, S. 2, 19.

41 »Ein Kindergarten, fünf Welten«, in: Spiegel-Reporter, Jg. 2000, Nr. 2.

Die hauptsächliche Funktion der Netzwerke begründet sich schlicht im Sprechen der polnischen Sprache sowie im Gespräch über ähnliche Erfahrungen als Zuwanderer oder über das Herkunftsland. Der Kontakt zu anderen Migranten stellt zudem oft einen wesentlichen Bestandteil der Alltagsbewältigung in der Einwanderungssituation dar.

Bei den formellen Netzwerken stellt man bei den Migranten aus Polen nur zwei auffällige Bereiche fest, in denen sie als Zuwanderergruppe auch nach außen – und hier auch nur verhalten – sichtbar wurden: erstens das Umfeld polnischsprachiger katholischer Gottesdienste, zweitens das der polnischen Organisationen. Für jeweilige städtische Bezugsräume ethnischer »communities« waren die polnischsprachigen katholischen Gottesdienste das augenfälligste und in seinem Ausmaß dichteste formelle Netzwerk der Zuwanderer aus Polen. Die polnischsprachigen Gottesdienste wurden und werden nicht nur sehr gut besucht, sondern fungieren vor allem auch als Treffpunkt, Informationsbörse und sogar Handelsstätte der Migranten.⁴² Die Bindungen an die Kirche waren dennoch nicht von solcher Intensität, dass sich hier eine ausgeprägte Segregation der Migranten vollzogen hätte, wie dies bei der Religionsausübung anderer Zuwanderergruppen in der Bundesrepublik Deutschland Ende des 20. Jahrhunderts der Fall war. Weniger sichtbar indessen waren die polnischen Organisationen, von denen es in der Bundesrepublik Deutschland zwar insgesamt um die Hundert gibt. Dennoch stellten sie keine wirksame Interessenvertretung der Zuwanderer aus Polen dar. Erstens haben sie gemessen an der enormen Zahl aller Zuwanderer nur geringen Zulauf; zweitens sind sie stark zersplittert und in sich zerstritten.⁴³ Weitere sonst typische Merkmale ethnischer »communities« waren bei den Zuwanderern aus Polen kaum ausgeprägt. Anders als bei den meisten anderen heute in der Bundesrepublik lebenden Zuwanderergruppen haben sich fast keine polnische Restaurants oder Lebensmittelgeschäfte etabliert; anders als bei den »Ruhrpolen« entzündeten sich am polnischen Katholizismus heute kaum noch Konflikte.

Insgesamt waren somit am Ende des 20. Jahrhunderts nach der Niederlassung von rund einer Million Migranten aus Polen in den zwanzig Jahren zuvor – so das eindeutige Fazit – Merkmale polnischer ethnischer »communities« in den jeweiligen städtischen Umfeldern, in denen die Mehrzahl der Zuwanderer lebte, nur schwach ausgeprägt. Es steht zu erwarten, dass sich in Zukunft diese Ausprägung nicht intensivieren wird – vorausgesetzt, dass sich nicht noch eine große Zahl von Migranten aus Polen in den nächsten Jahren in Deutschland niederlässt, was aus heutiger Perspektive unwahrscheinlich scheint. Denn wenn heute im Zuge der Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union über die im Zuge der EU-Osterweiterung zu erwartenden Zuwanderungen spekuliert wird, wird häufig übersehen, dass erstens auf Grund der starken Pendelmigration die Migranten aus Polen, die unbedingt als Arbeitsmigranten nach Deutschland kommen wollen, bereits hier sind. Zweitens steht in den kommenden Jahren eine weiter zunehmende Angleichung des Lohngefälles zu erwarten, was den Migrationsdruck mittel- und langfristig stark abschwächen wird. Für die in den 1980er-Jahren langfristig zugewanderten Migranten und ihre nachfolgenden Generationen ist auf lange Sicht eine weiter

42 Zu den polnischsprachigen Gottesdiensten der katholischen Kirchen vgl. *Andrzej Szulczyński*, Kirchliche Betreuung polnischer Katholiken, in: *Wolff-Powęska/Schulz*, Polen in Deutschland, S. 146–157.

43 Zwar ist die Zahl polnischer Vereine in Deutschland seit 1980 auf knapp hundert angestiegen. Mitte der 1990er-Jahre waren aber nur 10.000 bis 20.000 Personen in polnischen Vereinen organisiert; vgl. *Meister*, Gruppen der Polen, S. 205. Über die polnischen Organisationen liegen eine Reihe von Veröffentlichungen vor, als Auswahl vgl. *Jan Górski/Danuta Tymochowicz*, Polska emigracja i Polonia w Republice Federalnej Niemiec i Berlinie Zachodnim [Die polnische Migration und die Polonia in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin], Warszawa 1990; *Mrowka*, Die polnische Minderheit; *Stefanski*, Die polnische Minderheit; *Polnischer Sozialrat – Polska Rada Społeczna*, Zur Situation der polnischen Vereine und Dachverbände in Deutschland (unveröffentlichtes Manuskript) Berlin 1999; *Wolff-Powęska/Schulz*, Polen in Deutschland, S. 413–420.

fortschreitende Akkulturation an die Aufnahmegesellschaft und somit ein allmähliches Verschwinden der ethnischen »communities« der Polen in der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich. Unter der normativen Vorgabe des Akkulturationsansatzes, der entgegen der Vorstellung einer ethnisch segregierten oder homogenen Gesellschaft das gleichberechtigte Nebeneinander und Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen Wertemustern, Lebensentwürfen und auch ethnischer Herkunft in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft zum Ziel hat, ist dieses Fazit durchaus positiv zu bewerten.